



HESSISCHER LANDTAG

18. 09. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

**Antrag
der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz,
Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion
betreffend Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit stärken -
Altersarmut vermeiden - Generationengerechtigkeit sichern**

Von den heute etwa 18 Mio. Rentnerinnen und Rentnern in Deutschland sind derzeit rund 2,5 v.H. auf die Grundsicherung im Alter angewiesen. Durch die extreme Ausweitung des Niedriglohnssektors und vermehrte Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie der Beschäftigten wird das Armutsrisiko im Alter deutlich zunehmen. Die geringeren Einzahlungen in die Rentenkasse schwächen das System der Alterssicherung zusätzlich.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erklärt, dass sich der Generationenvertrag im deutschen Rentenversicherungssystem bewährt hat und deshalb gesichert werden muss. Das Rentensystem hat die Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte gut überstanden und bietet im Gegensatz zu privaten Versicherungen eine stabile Absicherung. Das System zu erhalten, ist daher umfassender Auftrag für die Zukunft. Schnelle und eindimensionale Symptombehandlung führt in die Irre.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Erwerbsarmut und Erwerbslosigkeit die Hauptursachen der drohenden Altersarmut sind. Wer Altersarmut verhindern will, muss daher für Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Dazu ist es dringend erforderlich, dass Niedriglöhne, ungleiche Bezahlung und Tarifumgehung bekämpft werden und endlich ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird.
3. Der Landtag stellt darüber hinaus fest, dass der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gesetzlich verankert werden muss. Wenn Frauen oder Beschäftigten in Leiharbeit ein deutlich geringeres Entgelt gezahlt wird, führt dies zwangsläufig dazu, dass auch die Rentenversicherungsbeiträge und damit die spätere Rente geringer ausfallen. Es ist deshalb auch erforderlich, Frauen vermehrt eine Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen, was heute zumeist an mangelnder Kinderbetreuung scheitert. Ein insgesamt höheres Einkommensniveau stärkt die gesetzliche Rentenversicherung.
4. Der Landtag fordert höhere Anstrengungen für Bildung. Bildung ist der Schlüssel für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt, ohne Bildung ist die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts erheblich erschwert. Daher sind sowohl die frühkindliche Bildung als auch der Ausbau von Ganztagschulen von allen staatlichen Ebenen verstärkt zu fördern.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Konzept vorzulegen, damit zukünftig kein Jugendlicher ohne Ausbildung bleibt. Die viel zu hohe Schulabbrecherquote ist ein Beleg dafür, dass vielen jungen Menschen der Weg in ein erfülltes Berufsleben versperrt bleibt. Infolgedessen werden auch sie von Altersarmut bedroht sein, weil sie keine ausreichende gesetzliche Rente erhalten werden und schon gar nicht in der Lage sein werden, privat vorzusorgen. Die Bekämpfung der Altersarmut ist daher mit der Bekämpfung von Bildungsarmut direkt verbunden.

6. Der Landtag hält es für erforderlich, dass die Arbeitsbedingungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert werden. Nur wer alterngerechtes Arbeiten ermöglicht, stellt sicher, dass die Erwerbsquote der Generation 50+ weiter gesteigert und somit durch längere Beitragszahlung auch eine existenzsichernde Rente erhalten werden kann. Eine betriebliche Gesundheitspolitik, gefördert und unterstützt durch staatliche Institutionen, muss die Belange der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Fokus rücken. Auch dies wirkt stabilisierend und stärkend auf die Rentenversicherung.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 18. September 2012

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rudolph

Dr. Spies
Decker
Merz
Müller (Schwalmstadt)
Roth